

**9034/AB**  
vom 05.08.2016 zu 9439/J (XXV.GP)



SEBASTIAN KURZ  
BUNDESMINISTER

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Doris BURES  
Parlament  
1017 Wien

5. August 2016

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0086-II.3/2016

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Alev Korun, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. Juni 2016 unter der Zl. 9439/J-NR/2016 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Bedrohung österreichischer JournalistInnen in der Ukraine“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 und 2:**

Ich stehe mit meinem ukrainischen Amtskollegen regelmäßig in Kontakt, zuletzt habe ich ihn am 13. Juni in Wien getroffen. Der effektive Schutz österreichischer Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine wird von meinem Ressort regelmäßig im Rahmen von Gesprächen auf mehreren Ebenen eingefordert, zuletzt unter anderem im Rahmen eines Gesprächs gegenüber dem ukrainischen Botschafter in Wien. In diesem Sinne fanden jüngst auch in Kiew Gespräche statt. Hier haben sich der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten sowie die österreichische Botschafterin in der Ukraine auf meine Veranlassung hin in den zuständigen Ministerien in dieser Sache eingesetzt.

Darüber hinaus hat sich Österreich im Rahmen der Europäischen Union (EU) sowohl in Kiew als auch in Brüssel aktiv und erfolgreich für ein gemeinsames Vorgehen der EU in dieser Frage engagiert und die entsprechende Position der EU mitgestaltet.

**Zu Frage 3:**

Schutz und Sicherheit österreichischer Journalistinnen und Journalisten wird weiterhin Gegenstand des bilateralen Dialogs zwischen Österreich und der Ukraine bleiben. Die Botschaft bietet den in der Ukraine akkreditierten österreichischen Journalistinnen und

./2

- 2 -

Journalisten Gespräche mit den Sicherheitsexperten der Botschaft an. Österreich wird sich weiterhin für ein gemeinsames Eintreten der EU für die Sicherheit der Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine und für die Umsetzung der Bestimmungen zum Datenschutz aus dem Assoziierungsabkommen einsetzen.

Sebastian Kurz

